

Der ständige Ausschuss der CALRE hat sich in Brüssel im Sitz des Ausschusses der Regionen am 25. Januar 2010 zur Besprechung folgender Tagesordnungspunkte versammelt:

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden;
2. Diskussion des „Tripartite Agreement“ zwischen Europarat–CALRE–RegLeg in seiner letzten Version vom 8. Dezember 2009;
3. Diskussion über die Möglichkeit, ein Kooperationsabkommen mit Reg.Leg zu erzielen;
4. Bewertung der Möglichkeit, ein Büro im Sitz des Ausschusses der Regionen zu beantragen, um einen ständigen CALRE-Vertreter mit Sitz in Brüssel ernennen zu können;
5. Diskussion der Möglichkeit, die Erklärung von Innsbruck abzuändern und zu ergänzen, so wie sie vom wallonischen Parlament gewünscht wird;
6. Vorstellung der Arbeitspläne 2010 der Arbeitsgruppen;
7. Vorbereitung möglicher Synergien zwischen den Arbeitsgruppen für 2010;
8. Umsetzung der Pläne der Arbeitsgruppen;
9. Verschiedenes.

Es sind anwesend: Giovanni Kessler, Landtagspräsident der autonomen Provinz Trient, Peter Straub, Präsident des Landtags von Baden-Württemberg, Hans Penz, Präsident des Landtags von Niederösterreich, Monica Donini, Präsidentin des Regionalrats von Emilia Romagna, Françoise Dupuis, Präsidentin des Parlaments der Region Brüssel, die von der Nationalversammlung von Wales bevollmächtigte Vizepräsidentin Rosemary Butler und Francisco Coelho Cabral, Präsident der gesetzgebenden Versammlung der autonomen Region Azoren. Im Verlauf der Vormittagssitzung kommt außerdem Herwig van Staa, Präsident des Tiroler Landtags, dazu.

Es nehmen außerdem an der Versammlung teil: Ernest Benach i Pascual, Präsident des Parlaments von Katalonien, für die Arbeitsgruppe zur Subsidiarität, und Arantza Quiroga Cía, Präsidentin des baskischen Parlaments, für die Arbeitsgruppe zum Thema e-democracy.

Vorsitz in seiner Eigenschaft als turnusmäßiger Vorsitzender hielt der Vorsitzende Kessler. Es sind ebenso aus dem Generalsekretariat von CALRE Dr. Giorgia Loss und Dr. Tommaso Leonardi zugegen.

Die Sitzung beginnt um 10.05 Uhr.

Der Vorsitzende Kessler begrüßt die Anwesenden, nachdem er festgestellt hat, dass die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses vertreten ist. Anschließend leitet er zum 1. Tagesordnungspunkt über.

Tagesordnungspunkt 1:

1. Bericht des Vorsitzenden;

Der Vorsitzende Kessler informiert die Anwesenden darüber, dass er sich in Erfüllung seiner neuen Funktion als Vorsitzender der CALRE mit der Überarbeitung der Webseite befasst habe; diesbezüglich erklärt er, dass die Webseite komplett überarbeitet wurde, eine neue Adresse erhielt und jetzt unter dem Namen der Konferenz und nicht mehr eines Privatunternehmens eingetragen sei. Er schlägt daher vor, zu einer kurzen Darstellung des neuen Portals überzugehen, die die erwähnten Neuerungen veranschauliche.

An dieser Stelle fragt die von der Nationalversammlung in Wales bevollmächtigte Vizepräsidentin, Rosemary Butler, ob die Seite sich nicht nur auf die Anzeige der wesentlichen Dokumente und wichtigen Neuigkeiten in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Konferenz beschränke, sondern auch eine interaktive Funktion besitze.

Der Vorsitzende Kessler teilt als Antwort auf diesen hervorgehobenen Aspekt mit, dass auf der Hauptseite ein Bereich für diese Zwecke vorhanden sei, die den Mitgliedern vorbehalten ist.

Der Präsident des Landtags von Baden-Württemberg, Peter Straub, betont die Schwierigkeit im Zusammenhang mit dem Verstehen der Texte.

Der Vorsitzende Kessler bemerkt, dass, was diesen Aspekt betrifft, es jeder Versammlung obliegt, die entsprechende Übersetzung für die Abschnitte, die von besonderem Interesse sind, bereitzustellen. Er weist außerdem darauf hin, wie CALRE, an den Treffen der „Fachkommission für Kohäsionspolitik“(COTER) teilgenommen zu haben, eine von sechs Sonderkommissionen, die innerhalb des Ausschusses der Regionen tätig sind. Er meint, dass in der Tat die direkte Überwachung der Entwicklung dieser Aspekte wichtig für eine Organisation wie die CALRE sei, die zum Ziel habe, die Rolle der Regionen im Bereich der europäischen Union zu stärken. Er erinnert daran, dass die diesbezüglich erstellten Bemerkungen an alle Mitglieder des ständigen Ausschusses zusammen mit der Einberufung der heutigen Sitzung verschickt wurden. Er teilt mit, dass diese außerdem den Anwesenden zur Verfügung stehen. Der Vorsitzende Kessler fügt hinzu, dass er einen sehr nachdrücklichen Brief des Bedauerns an den Präsidenten der europäischen Kommission, Barroso, geschickt habe, in dem er eine neue Anerkennung der Rolle der Regionen und der entsprechenden Versammlungen fordere. Er führt aus, dass die Initiative als Antwort auf den jüngsten, von der Kommission erstellten Bericht zur europäischen Politik bis 2020 entstanden sei, aus der eine geringe Aufmerksamkeit für die regionalen Institutionen hervorgehe. Diesbezüglich dankt er im Besonderen den Parlamenten von Wales, Baden-Württemberg und Katalonien, dass sie auf die von der Kommission eingenommene Haltung aufmerksam gemacht haben.

Die Präsidentin des Parlaments der Region Brüssel, Françoise Dupuis, bittet um eine Kopie der Dokumentation, die von der Barroso-Kommission erstellt wurde.

Der Vorsitzende Kessler nimmt die Bitte zur Kenntnis und bittet die Anwesenden um Angabe ihrer E-Mail-Adressen, um eine Kontaktaufnahme zu erleichtern.

Die Präsidentin des baskischen Parlaments, Arantza Quiroga Cía, hält es für zweckmäßig, ein kontinuierliches Lobbying mit besonderem Bezug auf den Ausschuss der Regionen zu fördern.

Der Vorsitzende Kessler erklärt, er stehe diesbezüglich zur Verfügung, und meint, ein mögliches Treffen mit dem Präsidenten des Ausschusses der Regionen könne auch die Teilnahme von anderen Mitgliedern des ständigen Ausschusses von CALRE einschließen.

Tagesordnungspunkte 2, 3 und 4:

- **Diskussion des „Tripartite Agreement“ zwischen Europarat–CALRE–RegLegin seiner letzten Version vom 8. Dezember 2009;**
- **Diskussion über die Möglichkeit, ein Kooperationsabkommen mit Reg.Leg zu erzielen;**
- **Bewertung der Möglichkeit, ein Büro im Sitz des Ausschusses der Regionen zu beantragen, um einen ständigen CARLE-Vertreter mit Sitz in Brüssel ernennen zu können;**

Der Vorsitzende Kessler leitet zur Prüfung der Tagesordnungspunkte 2 und 3 über und erinnert an den Vorschlag vom Europarat, der im Übrigen nicht neu sei, eine Form der Zusammenarbeit zwischen dem Europarat, der CALRE und Reg.Leg einzuführen. Er gibt zu bedenken, dass es sich um eine Arbeitshypothese handle, über die es nachzudenken gelte, insofern, dass sie sich in einer dreiteiligen Vereinbarung, an der auch der Europarat teilnimmt, umsetzen müsse und auch dahingehend, dass sie Raum für eine Koordinierung der Arbeiten mit Reg.Leg., auf Vorschlag des Letztgenannten gebe. Er betont die Wichtigkeit dieser Gelegenheit und meint, dass jede Entscheidung diesbezüglich notwendigerweise einen Vergleich und die Kenntnis über den einzuschlagenden Weg voraussetze; die anschließende Abfassung und Formalisierung der Erklärung bilde dann noch die rein technische und konsequente Erfüllung. Unter Bezugnahme auf den Tagesordnungspunkt 4 berichtet er von dem informellen an die CARLE herangetragenen Angebot, das zum Ziel habe, ein Büro im Sitz des Ausschusses der Regionen zur Verfügung zu stellen, damit die Vereinigung auf einen Vertreter in Brüssel zurückgreifen könne.

Die Präsidentin des Regionalrats von Emilia Romagna, Monica Donini, äußert ihre eigene Zufriedenheit in Bezug auf den Vorschlag, einen ständigen CALRE-Vertreter in Brüssel zu haben, auch wenn sie bedenke, dass dies vermutlich eine Veränderung der Regelsätze mit sich bringe. Sie meint, das größte Problem, auf dass die regionalen Versammlungen regelmäßig stoßen, sei die Schwierigkeit, Informationen angemessen zur Verfügung zu stellen. So stelle in diesem Rahmen die Öffnung eines Büros eine wichtige Voraussetzung für zumindest eine teilweise Bewältigung dieser schwierigen Situation unter dem Aspekt dar, dass der Kontakt mit dem Ausschuss der Regionen optimiert werde und neue Dialogmöglichkeiten mit dem europäischen Parlament entstehen können.

Der Präsident des Parlaments von Katalonien, Ernest Benach i Pascual, meint, dass die Unterzeichnung von Vereinbarungen über die Zusammenarbeit notwendigerweise positiv bewertet werden müsse. In Bezug auf den letztgenannten Punkt drückt er seine Überzeugung aus, dass die Öffnung eines Büros von einem aktiven Willen begleitet werden müsse, um eine Kontinuität einer solchen operativen Einheit sicherzustellen, da nur so erreicht werden könne, dass sich eine Vertretung als wirklich effektiv erweise.

Die Präsidentin des baskischen Parlaments, Arantza Quiroga Cía, bewertet es positiv, einen eigenen CALRE-Vertreter in Brüssel zu haben. Sie meint jedoch, dass zuvor eine Bewertung der Finanzaufwendungen erfolgen müsse.

Die von der Nationalversammlung in Wales bevollmächtigte Vizepräsidentin, Rosemary Butler, bemerkt, dass zusammen mit einem Kostenvoranschlag eine ernsthafte Erwägung diesbezüglich erfolgen müsse, und dass ferner die Prüfung der Aufgaben, die das Büro wahrzunehmen habe, auch in Bezug auf die Möglichkeit, weitere Mitarbeiter vorzusehen, erforderlich sei.

Der Präsident des Landtags von Niederösterreich, Hans Penz, hält es für besonders wichtig, eine Zusammenarbeit mit der Reg.Leg. auch ohne eine spezielle Vereinbarung aufzubauen. In Bezug auf die Öffnung eines Büros in Brüssel weist er darauf hin, dass es nicht wenige Probleme diesbezüglich zu lösen gebe: die Unterhaltungskosten, die Festlegung der Finanzierungsmodalitäten und außerdem die Kriterien für die Ernennung der zuständigen Person. Was die eingenommene Haltung der europäischen Kommission angehe, stelle er sich zur Verfügung, sich mit dem Präsidenten oder alternativ mit den Mitgliedern der Organisation zu treffen, die von ihm koordiniert wird, um die höchste Effizienz der Tätigkeit der CALRE sicherzustellen.

Der Landtagspräsident von Baden-Württemberg, Peter Straub, erinnert daran, dass der Vertrag von Lissabon eine neue Möglichkeit des Eingreifens über den Ausschuss der Regionen biete und hält es daher für zielorientierter, wenn jede Region einen Vertreter in Brüssel als effektiven Kommunikationskanal mit den entsprechenden territorialen Institutionen habe. Er stehe daher der Idee eines Büros der CALRE in Brüssel aus den zuvor genannten Gründen sowie aus wirtschaftlichen Erwägungen ablehnend gegenüber.

Der Vorsitzende Kessler hält eine präventive Mitwirkung des Ausschusses für die Erarbeitung eines gemeinsamen Projekts als Voraussetzung für anschließende Entwicklungen für nötig. Er betont, dass die Verfügbarkeit eines Büros in Brüssel getrennt von der Frage des Generalsekretariats behandelt werden solle, insofern dass der ernannte Vertreter direkt vor Ort tätig sein müsse: Die Idee stellt sich so dar, der CALRE eine einzelne Person zur Verfügung zu stellen, die sich kontinuierlich und unabhängig von einzelnen Präsidien um die Erhebung und Verbreitung von Informationen über die Aktivitäten der europäischen Union kümmere.

Der Parlamentspräsident von Katalonien, Ernest Benach i Pascual, unterstreicht diesbezüglich die bestehende große Schwierigkeit angesichts des jährlichen Wechsels des Vorsitzes, der sich unweigerlich mit den laufenden Projekten überlagere.

Der Vorsitzende Kessler präzisiert, dass der schriftliche Vorschlag, den er dem Ausschuss vorlegen wird, nicht nur die Kosten, sondern auch die Aufgaben berücksichtige, die der Vertreter zu erfüllen habe. Er erfragt außerdem die Zustimmung der Ausschussmitglieder für die Unterzeichnung der erwähnten Abkommen, falls nicht neue Bewertungsaspekte als die, die dem Ausschuss vorzulegen seien, hinzukommen.

Der Präsident des Tiroler Landtags, Herwig van Staa, betont, dass die Vereinbarung bereits unterzeichnet wurde.

Der Vorsitzende Kessler nimmt die Erklärung des Vizepräsidenten zur Kenntnis und teilt mit, dass er die Anwesenden bezüglich der Definition der folgenden Phasen informieren werde.

Tagesordnungspunkt 5:

- **Diskussion über die Möglichkeit, die Erklärung von Innsbruck abzuändern oder zu ergänzen, so wie es vom wallonischen Parlament gewünscht wird;**

Der Vorsitzende Kessler verdeutlicht die Frage, indem er erklärt, dass der eingereichte Protestbrief eine einfache Anmerkung zur Ergänzung der Erklärung von Innsbruck betreffe, in der spezifiziert wird, dass der Begriff „Regionen und regionale Parlamente“ auch den Begriff der „Provinzen und andere territoriale Untergliederungen mit Gesetzgebungsbefugnis“ umfasse; dieser Brief macht in formeller Form deutlich, dass es sich um eine Nachergänzung handele und als solche unpassend sei, und dass damit ein fremdes Konzept in der belgischen Rechtsprechung eingeführt worden sei.

Der Präsident des Tiroler Landtags, Hervig Van Staa, erklärt, dass dies ein Missverständnis gewesen sei.

Die Präsidentin des Parlaments der Region Brüssel, Françoise Dupuis, bittet darum, dass die Anmerkung entfernt werde. Alternativ schlägt sie vor, den Begriff: „umfasst“ mit dem folgenden Wortlaut: „kann umfassen“ zu ersetzen.

Der Vorsitzende Kessler erklärt, dass er nichts gegen die Entfernung der Anmerkung einzuwenden habe und hält es gar für kontraproduktiv, die vorgeschlagene Änderung im Text mit aufzunehmen, da sie für eine mögliche Verwirrung Sorge; die autonomen Provinzen seien bereits Bestandteil der CALRE, ohne dass spezielle Regelungen erfolgen müssen. Er schlägt daher vor, die oben genannte Anmerkung zu entfernen; er nimmt Kenntnis von der Zustimmung der anwesenden Mitglieder und erklärt die Vormittagssitzung für beendet. Er weist darauf hin, dass die Sitzung um 14.30 Uhr fortgeführt wird.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung um 14.30 Uhr führt der Vorsitzende Kessler zu den nächsten Tagesordnungspunkten über.

Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8:

- **Vorstellung der Arbeitspläne 2010 der Arbeitsgruppen;**
- **Vorbereitungen möglicher Synergien zwischen den Arbeitsgruppen für 2010;**
- **Umsetzung der Pläne der Arbeitsgruppen;**

Der Vorsitzende Kessler bemerkt allgemein, dass eine höhere Flexibilität in der Aktivität der Arbeitsgruppen erforderlich sei. Er erwähnt, dass von vier bestehenden Gruppen zwei als noch wirksam betrachtet werden können: jene, die sich mit dem Prinzip der Subsidiarität beschäftige, welche ein übergreifendes und besonders aktuelles Thema darstelle und vom Parlament Katalonien geleitet werde, und jene, die sich mit dem Thema e-democracy befasse, die vom baskischen Parlament geführt werde; dagegen seien für die anderen beiden Gruppen, die sich mit Fragen des Föderalismus und der regionalen Demokratie befassen, weitere Betrachtungen anzustellen. Er weist auf das gemeinschaftliche Interesse hin – die Formen der Zusammenarbeit der gesetzgebenden Versammlungen – die vertiefend in einer Arbeitsgruppe bearbeitet werden könnten.

Die Präsidentin des baskischen Parlaments, Arantza Quiroga Cía, macht die Mitglieder des Ausschusses auf den Vorschlag der von ihr koordinierten Arbeitsgruppe aufmerksam, und führt aus, dass beim für Dienstag, den 26. Januar vorgesehenen Treffen ein Fragebogen vorgestellt wird, der das Ziel verfolgt, die bestehende Situation in Bezug auf die unterschiedlichen regionalen Begebenheiten zusammenzufassen. Sie teilt mit, dass der Fragebogen im Anschluss an alle Mitglieder verteilt werde. Sie wünsche sich eine konsequente Teilnahme an dieser Initiative. Die Absicht des Fragebogens ist mit der Zielsetzung verbunden, die Jugendlichen in den Institutionen, vor allem auf Grund ihrer Nähe zur Technikwelt, zu erreichen und einen Vergleich auf Basis der erfassten Daten im Rahmen der Sitzung des ständigen Ausschusses, die für den 8. Juli 2010 geplant ist, anzustellen.

Der Präsident des Parlaments von Katalonien, Ernest Benach i Pascual, gibt einen Überblick über das Programm der Arbeitsgruppe zum Prinzip der Subsidiarität für das laufende Jahr, das bereits allen Mitgliedern zugeschickt wurde und Bezug auf das Parlament von Katalonien nimmt.

Der Vorsitzende Kessler dankt den beiden Präsidenten für ihren Einsatz und betont die Wichtigkeit, dass die Arbeitsgruppen ausreichende Anweisungen von den Ausschussmitgliedern erhalten, um eine wirkliche Synergie zu gewährleisten. Er bittet anschließend, die Möglichkeit zu überprüfen, dass eine der italienischen Regionen einer weiteren Arbeitsgruppe unterstellt werde.

Die Präsidentin des Regionalrats von Emilia Romagna, Monica Donini, ist der Meinung, dass eine weitere Vertiefung über den Rahmen der italienischen Rechtsordnung hinaus über die Konferenz der gesetzgebenden Versammlungen der autonomen Regionen und Provinzen vorbereitet werden sollte.

Der Präsident des Parlaments von Katalonien, Ernest Benach i Pascual, führt aus, dass die Regionen, die Teil der Arbeitsgruppe sind und von ihm geleitet werden, Bayern, Baden-Württemberg und Aragona seien.

Die Präsidentin des baskischen Parlaments, Arantza Quiroga Cía, liefert eine entsprechende Präzisierung, indem sie die folgenden Regionen aufzählt: Andalusien, Flandern, Schottland, Madrid und Madeira.

Der Vorsitzende nimmt Kenntnis von den Erläuterungen der Präsidenten des Parlaments von Katalonien und des baskischen Parlaments und fordert alle Anwesenden auf, ihren eigenen Beitrag zur Arbeit der Arbeitsgruppen zu leisten. Er bittet ferner um die Zusammenarbeit der Anwesenden, dem Vorsitz mögliche Dokumente oder Informationen, die von gemeinschaftlichem Interesse sind, zukommen zu lassen. In Erinnerung an die Termine der nächsten Treffen des ständigen Ausschusses am 17. April in Madeira und am 8. Juli in San Sebastian teilt er ferner mit, dass er schnellstmöglich das Datum der Vollversammlung, die voraussichtlich Anfang Oktober stattfinden wird, mitteilen werde. Er schließt die Versammlung und bedankt sich für die Teilnahme und die beim heutigen Treffen zugesicherte Zusammenarbeit.

Die Sitzung wird um 16.00 Uhr beendet.

Der turnusmäßige Vorsitzende der
CALRE

Giovanni Kessler
(Landestagspräsident der autonomen Provinz Trient)

GL/